

Konferenz Norddeutschland: Regierungschefs beschließen Bericht zur Hafenkooperation

Die Regierungschefs der vier norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig Holstein und der Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern haben sich heute unter niedersächsischem Vorsitz in Hannover zur Konferenz Norddeutschland getroffen.

Dabei ging es auch um gemeinsame norddeutsche Verkehrsprojekte und Hafenkooperation.

Die Regierungschefs haben deutlich gemacht, dass es nicht akzeptabel sei, Verkehrsprojekte immer wieder in Frage zu stellen. Dies werde man auch im Dialog mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer deutlich machen. Der Dialog werde weiter intensiviert, um norddeutsche Interessen voranzubringen, von denen die Volkswirtschaft der gesamten Bundesrepublik profitiere. Dabei gehe es um die Hinterlandanbindungen der Häfen, den Ausbau der norddeutschen Bundesfernstraßen und den Ausbau der Schieneninfrastruktur, wie die Y-Trasse.

Aktuell wurde in Hannover ein Schreiben der norddeutschen Regierungschefs an die Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet. „Die Maritime Wirtschaft zu erhalten und zu stärken liegt im nationalen Interesse. Die Exportnation Deutschland ist auf leistungsfähige Seehäfen und die Anbindungen der Logistikstandorte entlang der Küste ebenso wie auf leistungsfähige Reedereien und Werften angewiesen. Die Bewältigung der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist noch nicht abgeschlossen. Es ist in diesen Zeiten wichtig, Kräfte zu bündeln, um bei aktuellen Problemen

zu guten und gemeinsamen Lösungen zu kommen“, so Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff.

„Mit den heutigen Beschlüssen zu den gemeinsamen Handlungs- und Kommunikationsfeldern für Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen haben wir den im letzten Jahr angestoßenen Kooperationsprozess auf ein breiteres Fundament gestellt“, betonte der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen. Dies sei auch verbunden mit dem Signal an die Bundesregierung, dass der Norden sich seiner wirtschaftlichen Verantwortung für ganz Deutschland bewusst ist. „Auch müssen wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass in der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft nicht auf notwendige Investitionen im Bereich Hafeninfrastruktur verzichtet wird. Hierfür benötigen wir dringend die Unterstützung der Bundesregierung.“

Die Regierungschefs haben den vorgelegten Bericht „Hafenkooperation Norddeutschland“ beschlossen, der unter der Email-Adresse klaus.heitmann@zds-seehaefen.de bei uns abgefordert werden kann.

Niedersachsen hat turnusmäßig den Vorsitz der Konferenz an Mecklenburg-Vorpommern abgegeben.